

# Der Übergang zur Demokratie in Tunesien und die Rolle internationaler Zusammenarbeit<sup>1</sup>

Von Alaya ALLANI, Professor für Zeitgeschichte an der Universität La Manouba/ Tunis

## I Allgemeiner Überblick: Die tunesische Revolution

Am 14. Januar 2011 hat Tunesien den bedeutendsten Abschnitt seiner zeitgenössischen Geschichte verwirklichen können: den einer Revolution gegen Diktatur, Korruption und soziale Ungerechtigkeit. Der ehemalige Präsident Zine El Abidine Ben Ali floh aus dem Land in den Quasi-Untergrund.<sup>2</sup> Vom 14. Januar bis zum 23. Oktober hat Tunesien eine Folge von drei Regierungen erlebt: zwei Regierungen mit einer Dauer von 45 Tagen, die von Mohamed GHANNOUCHI geleitet wurden, und, vom März 2011 an eine dritte, geleitet von Béji Caid ESSEBSI.

Auf diese Weise ist das Land seit dem 14. Januar 2011 in eine Phase demokratischer Transition eingetreten, mit einem provisorischen Präsidenten und einem provisorischen Regierungschef. In dieser neuen Atmosphäre nie da gewesener Freiheit haben sich die Parteien darauf verständigt, ein Komitee zum Schutz der Revolution (*Haut Comité de Sauvegarde de la Révolution – HCSR*) zu gründen, das von Yadh BEN ACHOUR geleitet wurde und sich zum Ziel gesetzt hatte, Gesetze und Bestimmungen vorzuschlagen, um die staatliche Kontinuität zu sichern.<sup>3</sup>

Im Übrigen haben die Mitglieder des Komitees beschlossen, ein Unabhängiges Wahl-Komitee (*Haut Comité Indépendant des Elections – HCIE*) zu gründen mit dem Ziel, die ersten freien Wahlen in der politischen Geschichte des Landes vorzubereiten. Diese Einrichtung ist von Kamel JENDOUBI, einem scharfen Gegner des Präsidenten Ben Ali, geleitet worden.

Allerdings fanden die Vorschläge, wie die Periode des Übergangs zur Demokratie gestaltet werden sollte, bei den Mitgliedern des Komitees zum Schutz der Revolution keine einstimmige Unterstützung. In der Folge zogen sich die Islamistenpartei ENNAHDA und die CPR von MARZOUKI wegen bestimmter Vorschläge, die ihnen nicht gefielen, aus diesem Gremium zurück. In diesem Zusammenhang sind anzumerken: der Republikanische Pakt

---

<sup>1</sup> Es handelt sich um einen Vortrag, den der Autor am 1. Dezember 2011 auf dem Kongress ‚Faciliter et consolider la transition démocratique en Afrique du Nord et en Asie de l’Ouest: les mécanismes de coopération‘ gehalten hat. Organisiert wurde der Kongress vom *Centre d’Etudes et de Recherches sur le Monde Arabe et Méditerranéen (CERMAM)*, Genf.

<sup>2</sup> Die tunesische Revolution begann am 17. Dezember 2010 in Folge der Selbstverbrennung des jungen Arbeitslosen Mohamed Bouazizi. Dieser stammte aus dem Gouvernement Sidi Bouzid, im westlichen Mitteltunesien. Der Protest hat sich schnell über das ganze Land ausgebreitet. Die Parolen, die skandiert wurden, bezogen sich auf Redefreiheit und Recht auf Arbeit. Ben Ali, der Schlimmeres befürchtete, ist am 14. Januar aus dem Land nach Saudi Arabien geflohen.

<sup>3</sup> Dieses Komitee führte die wichtigsten politischen Kräfte der Opposition zusammen, zum Beispiel die Islamisten, die Liberalen, die Linke etc.

(,Pacte Républicain'), der einen zivilbürgerlichen Charakter des Staats fordert, die Trennung von Politik und Religion sowie die Festlegung eines Schluss-Datums für die Arbeit der Verfassunggebenden Versammlung. Aus diesen Gründen haben sich die beiden Parteien klar von den genannten Projekten abgegrenzt.

Anzumerken ist auch, dass sich vor den Wahlen die wichtigsten politischen Akteure (Liberale, die Linke und die Islamisten) die Unterzeichnung eines Vertrags initiiert hatten, der die Arbeit der Verfassunggebenden Versammlung auf ein Arbeitsjahr beschränkt. Dies wurde als ein moralisch verpflichtender Pakt betrachtet.

In diesem Kontext war der Wahlkampf im Wesentlichen auf ideologische Diskurse ausgerichtet. Die Identitätsfrage nahm einen großen Teil der Debatten ein, verbunden mit Zwischenfällen, von denen die Aufführung des Films ,Persepolis', die mitten in den Wahlkampf fiel, zweifellos der bedeutendste war.<sup>4</sup> Der Film wurde von der Mehrzahl der Wähler schlecht aufgenommen. Zahlreiche Beobachter und Befragungen haben bestätigt, dass die Quote der islamistischen Partei ENNAHDA<sup>5</sup>, die auf 30 Prozent geschätzt worden war, wegen dieses Ereignisses steigen würde. Aus diesem wie auch aus anderen Gründen konnte die Partei von Rached Gannouchi ein Endergebnis von 41 Prozent.

Man kann, und zwar ohne Umschweife, sagen, dass nach den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung am 23. Oktober 2011 eine neue Phase der politischen Geschichte Tunesiens begonnen hat. Es handelt sich um die zweite Phase der Transition zur Demokratie, die sich in einer neuen politischen Landschaft entwickelt. Die ENNAHDA-Partei, mit 89 von 217 Sitzen zum Sieger erklärt, hatte ihren Generalsekretär Hamadi JEBALI für das Amt des Premierministers vorgeschlagen. Keine Partei hat diese Nominierung angefochten, und das Projekt einer Koalitionsregierung stand nun im Zentrum der politischen Debatten.

## **II. Die Merkmale der zweiten Phase der Transition zur Demokratie und die Rolle der internationalen Zusammenarbeit**

Um die Lage zusammenfassend zu charakterisieren, folgende Anmerkungen:

- Die Wahlgewinner haben die Aufgabe, für die Zweite Republik eine Verfassung auszuarbeiten und bis zu den nächsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen,

---

<sup>4</sup> Am 14. Oktober 2011 demonstrierten in Tunis tausende Menschen vor dem Fernsehsender Nessma TV, der den vielfach ausgezeichneten Film gesendet hatte. Die Demonstranten wandten sich vordergründig gegen die Darstellung von Gott als altem, bärtigen Mann. Später wurde das Haus des Senderchefs gestürmt und angezündet. Die islamistische Ennahda distanzierte sich allerdings von den Übergriffen (Anm. d. Übersetzers).

<sup>5</sup> Die Ennahda-Bewegung, die von Rached Ghannouchi gegründet worden ist, hat am 1. März 2011 ihre Zulassung erhalten. Schon 1970 war sie unter dem Namen ,*Al Jamaa Al Islamyya*' (Islamische Gruppierung) tätig gewesen, später, 1981, wandelte sie sich in ,*Mouvement de la Tendence Islamique (MTI)*'. Zur Geschichte dieser Bewegung s. Allani, Alaya: *The Islamists in Tunisia between confrontation and participation*, in: *Journal of North African Studies* 14, Nr. 2 (June 2009), S. 257-272.

die in einem oder in anderthalb Jahren stattfinden sollen, eine provisorische Regierung zu bilden und einen vorläufigen Präsidenten zu bestimmen.

- Die zweite Phase der Transition ist durch den Übergang von einer auf Konsens beruhenden Legitimität auf eine Legitimität durch Wahlen gekennzeichnet.
- Um die Probleme, die sich dringlich stellen, zu lösen, sind die neuen Abgeordneten und Regierungsmitglieder gezwungen, auf politischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet Prioritäten zu setzen.
- Damit sich die Periode der Transition zur Demokratie unter guten Bedingungen entwickeln kann, wäre es sinnvoll, sich von den Erkenntnissen anderer Länder inspirieren zu lassen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, und zwar mittels einer internationalen Zusammenarbeit mit Vereinigungen, die mit den Vereinten Nationen oder mit europäischen Einrichtungen kooperieren, sowie auch durch ein Zusammenwirken mit fachlich spezialisierten Forschungszentren.
- Als Beispiel für Vereinigungen, die mit den Vereinten Nationen verbunden sind, kann man das NED (*National Endowment for Democracy*) nennen oder auch:

das *National Endowment for Humanities*,  
das *Carnegie Institute*,  
das *Brooking Institute*,  
die *Middle East Partner Initiative*,  
die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Hanns-Seidel-Stiftung und andere deutsche politische Stiftungen.

- Zu nennen wären auch die zahlreichen Zentren für Strategische Studien, in Paris, London, Genf, Berlin, Madrid, Prag etc. Sie könnten durch gezielte Forschungen und Studien helfen.
- Diese Zusammenarbeit zwischen der Verfassunggebenden Versammlung, der neuen Regierung und den genannten Einrichtungen könnte darin bestehen,
  - die Demokratie zu fördern,
  - gutes Regieren einzuführen,
  - die Wirtschaft, die Justiz und die Sicherheitsorgane zu reformieren,
  - die Rolle der Opposition oder ‚Gegen-Macht‘ in der Periode des Übergang zur Demokratie zu definieren.
- Zu fördern wären die Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf das Anderssein, das Minderheitenrecht und die Frauenrechte.

- Die Rolle der internationalen Zusammenarbeit müsste weiter darin bestehen, Lösungsvorschläge zu erarbeiten, die den Erwartungen und der Realität des Landes entsprechen.
- Der Arabische Frühling, von einer ziemlich bedeutenden islamischen Präsenz geprägt, hat die durch den Islam gekennzeichnete politische Strömung dazu angeregt, zwischen Islam und Demokratie, Identität und Modernität eine Annäherung zu suchen.
- In diesem Zusammenhang könnte man derzeit drei Modelle nennen:

das türkische Modell, das sich auf ein ausschließlich säkulares Regierungssystem stützt,

das tunesische Modell, das sich als halb-säkular versteht (also einen Kompromiss zwischen der Scharia und positivem Recht sucht). Modelle anderer islamistischer Bewegungen im Maghreb wie das der PJD (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) Marokkos oder der Hams in Algerien sind dem tunesischen Modell näher als dem türkischen.<sup>6</sup>

das ägyptische, libysche oder jemenitische Modell, das alle Formen der Säkularität verwirft und die Scharia als die wesentliche Quelle der Gesetzgebung versteht.

Das türkische Modell hat seine Effizienz auf politischem und wirtschaftlich-gesellschaftlichem Gebiet bewiesen, insbesondere auf dem Feld der individuellen und gesellschaftlichen Freiheiten. Die beiden letztgenannten Modelle werden sich beweisen müssen, aber ihre Erfolgchancen sind noch umstritten.<sup>7</sup> Das halb-säkulare tunesische Modell hätte vielleicht einige Chancen, eine Phase des Übergangs zur Demokratie erfolgreich zu gestalten, weil es in Tunesien seit dem 19. Jahrhundert, seit der reformistischen Denkschule Kheireddin Paschas,<sup>8</sup> eine intellektuelle Debatte über ein nicht von Konflikten beherrschtes Verhältnis von Scharia und ziviler Gewalt gab sowie über eine Staatsmacht, die auf

---

<sup>6</sup> Hier ist anzumerken, dass die meisten dort vertretenen Tendenzen aus der Denkschule der Moslembrüder hervorgegangen sind.

<sup>7</sup> Während seines Besuchs in Kairo und in Tunesien im September 2011 hat der türkische Ministerpräsident Erdogan den Führern der ägyptischen Moslembrüder und dem Tunesier Rached Ghannouchi, dem Chef der Ennahda-Bewegung, vorgeschlagen, sich für ein vollständig säkulares, aber nicht religionsfeindliches System zu entscheiden. Übrigens hat er dabei hervorgehoben, dass ein solches Regierungssystem die Achtung vor den Kulturen aller Religionen garantieren kann und den zivilen und demokratischen Aspekt des Staates stärken wird. Doch haben die ägyptischen Moslem-Brüder und Rached Ghannouchi diesen Vorschlag kategorisch zurückgewiesen, weil sie wissen, dass die Doktrinen der ägyptischen und tunesischen Moslem-Brüder Laizität als unvereinbar mit der Religion betrachten.

<sup>8</sup> Kheireddin Pascha war Premierminister in Tunesien von 1873 bis 1977, zur Zeit des Bey Sadok Bey. Kheireddin ist bekannt durch seine reformistischen Ideen, die den zivilen und nicht-religiösen Charakter des Staates betonen. Er betrachtet die Trennung der drei Gewalten, Exekutive, Legislative, Judikative, als Garantie für eine gute Entwicklung des Staates. In seinem Hauptwerk ‚*Akwam Al Masalik Fi Maarifati Ahwal AlMamalki*‘ (‚Der genaueste Weg, um die Lage der Königreiche zu erkennen‘) betont Kheireddin, dass die Scharia nicht gegen den Rechtsstaat gerichtet sein darf und dass Despotismus von seinem Wesen her gegen den Willen Gottes gerichtet ist, weil er die Gerechtigkeit, die Freiheit und das Glück der Menschen bedroht.

Gewaltentrennung zwischen gesetzgebender, ausführender und Recht sprechender Gewalt beruht. Die Tendenz dieser Diskussion könnte man aus heutiger Sicht als halb-säkular definieren. Man darf nicht vergessen, dass die Länder des Arabischen Frühlings weder eine Kulturrevolution noch eine vertiefte Auseinandersetzung über die ideologischen und kulturellen Optionen der neuen politischen Ordnung erlebt haben.

Ich denke, es wäre vorteilhaft, auf dem Weg über internationale Zusammenarbeit die Zahl der Workshops zu vervielfachen, die das Ziel haben, die zahlreichen Fragen wissenschaftlich zu behandeln, die sich auf ein gutes Regieren und das Verhältnis von Islam und Demokratie, Islam und Freiheit, Islam und Menschenrechte beziehen, unter Einschluss der Rechte von Minderheiten und von Frauen.

Der Einfluss der in Tunesien gemachten Erfahrungen wäre in der Region bedeutend; seine Erfolgchancen werden höher sein, wenn sich das schließliche Ergebnis unter guten Bedingungen entwickeln kann. Wenn die ‚Kohabitation‘, das Zusammenwirken von Islamisten und laikal Orientierten erfolgreich sein sollte, wäre es Tunesien gelungen, eine der tragenden Säulen der Demokratie zu erreichen, nämlich das Recht auf Unterschied, Anderssein und –denken.

Man kann sagen, dass es in Tunesien keine Grundlage für einen radikalen Islam gibt. Die letzten Ereignisse, für die man die Salafisten verantwortlich macht, werden, jedenfalls bis heute, als außergewöhnliche und isolierte Akte betrachtet. Ich denke, dass sich mit der Verbreitung einer demokratischen Kultur und einem Minimum an wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sicherung sowie mit einer fortschrittlichen und vernunftgeprägten Vision von Identität das Risiko eines Extremismus wesentlich verringern würde.

Die liberale Strömung wie auch die linke müssen sich allerdings ebenfalls erneuern. Dies beinhaltet die Notwendigkeit, nationale wie auch internationale Workshops zu veranstalten und Programme zu entwerfen, mit denen die Demokratie gefördert werden kann.

### **III. Vorschläge für internationale Kooperation**

Tunesien braucht die internationale Zusammenarbeit auf drei miteinander verbundenen Feldern: Wirtschaft, Politik, Sicherheit.

#### 1) Wirtschaft

Der Umbau der tunesischen Wirtschaft bräuchte:

- eine Steuerreform, die es ermöglichen würde, die Einkünfte aus dem öffentlichen und aus dem privaten Sektor wieder in ein Gleichgewicht zu bringen (fast zwei Drittel der Einkünfte kommen derzeit aus dem öffentlichen Sektor); und die es auch ermöglichen würde, kleine und mittlere Unternehmen zu fördern - diese stellen die tragende Säule der

tunesischen Wirtschaft dar – damit diese die Rolle eines Motors für die wirtschaftliche Wiederbelebung übernehmen können;

- eine Modernisierung und Förderung der Unternehmen, die diesen – vor allem den kleinen Unternehmen im tunesischen Hinterland – ein gewisses Maß an Einbindung in regionale und europäische Wirtschaft sichern würden. Mit Blick auf den großen Abstand und die Diskrepanz zwischen den Regionen an der Küste und denen im Landesinnern sind zur Zeit 80 Prozent des Entwicklungsbudgets für die Gebieten im Landesinnern vorgesehen. (Diese Gebiete nennt man in Tunesien ‚zones d’ombre‘, Schattenzonen, wobei man weiß, dass die tunesische Revolution vom 14. Januar 2011 in ihren Anfängen in Gebieten des Landesinnern wie Sidi Bouzid, Kasserine, Gafsa etc. ihren Ausgang nahm.
- eine Entwicklung der Infrastruktur in diesen im Vergleich zu den Küstengebieten unterentwickelten Zonen (nötig wäre eine Ausweitung des Eisenbahn- und Autobahnnetzes). Diese Maßnahmen würden eine Politik großer Projekte fördern, die ihrerseits die Arbeitslosenquote senken würde.<sup>9</sup>

## 2) Politik

Heute wird in Tunesien heftig über zwei Fragen debattiert: über die Dezentralisation der Macht, insbesondere der die Organisation lokaler Macht, und über zuverlässige Verfahren guten Regierens. Die meisten Mitglieder der Verfassungegebenden Versammlung befürworten die Stärkung lokaler Macht durch gewählte regionale und lokale Versammlungen. Die Schweiz mit ihrer langen politischen Erfahrung mit einem kantonal organisierten System kann dabei das neue tunesische Regime wirksam unterstützen. Für eine gute Ausbildung für den Umgang mit diesen beiden Fragen sind Seminare und Workshops nötig.

## 3) Sicherheit

Die Tunesier brauchen Reformen auch in Bezug auf die Art, wie das Verhältnis von Bürgern und Polizisten beschaffen sein soll: als ein konflikträchtiges Verhältnis (ein Polizist wird gewöhnlich vom Bürger als jemand betrachtet, der ihn, ohne Strafe zu fürchten müssen, bedroht und verfolgt) oder als ein Verhältnis, das von wechselseitiger Verständigung und Respekt geprägt ist.

Auch brauchen die Tunesier nun nach der Auflösung der politischen Polizei einen Dienst, der über die Sicherheit des Staates, nicht aber die eines Regimes, wacht.

---

<sup>9</sup> Die offizielle Arbeitslosenquote erreichte Ende November 2011 18 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen vor der Revolution, 700.000 Menschen, kommt heute die Schwelle von 800.000 Personen.

## Schluss

Es wäre folgerichtig, wenn die Zusammenarbeit Tunesiens mit der Schweiz (und anderen Ländern Europas) sich auf neue Grundlagen stellen könnte, besonders solche, die Bürgerschaft, Demokratie und Transparenz betreffen. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit wäre in diesem Fall mehr als fruchtbar, weil Tunesien von nun an gemäß institutionellen und rechtlichen Regeln und nicht nach Laune und Entscheidungen einzelner Personen funktionieren könnte. Eine neue Ära könnte sich zwischen den beiden Ländern entwickeln, die bilateral und sogar auf europäischer Ebene gewinnbringend wäre. Tunesien könnte auch auf dem Gebiet des Handels als Schnittstelle und Verbindungsglied zu seinen Nachbarn dienen, was ihm wahrscheinlich ermöglichen würde, im Süden des Mittelmeerraums eine bedeutende Rolle zu spielen.<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup> Darauf Bezug nehmend sei angemerkt, dass die Schweiz kürzlich ein Konsulat im südlichen Tunesien, auf Djerba, eröffnet hat, um ihre wirtschaftlichen Aktivitäten im tunesisch-libyschen Raum besser koordinieren zu können.